

# Bericht Ministerial Conference & Third Bologna Policy Forum Bukarest

---

## Glossar

AR	Akkreditierungsrat
A-SR	Ausschuss Studienreform des fzs, zuständig für Themen des Bolognaprozesses
BDA	Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände
BFUG	Bologna Follow Up Group
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
CoE	Council of Europe
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DSW	Deutsches Studentenwerk
E4	Gruppe der ESU, EURASHE, EUA, ENQA
EC	European Commission
EHEA	European Higher Education Area
EI	Education International, Dachverband der Bildungsgewerkschaften/Vertretung der Lehrenden
ENQA	European Association for Quality Assurance in Higher Education, Dachverband der qualitätssichernden Agenturen in der EHEA
ESU	European Students Union, Europäischer Studierendendachverband
EUA	European Universities Association, Dachverband der Universitäten
EURASHE	European Association of Institutions in Higher Education, Dachverband der Fachhochschulen
fzs	freier Zusammenschluss der studentInnenschaften, deutscher Studierendendachverband
GEW	Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
KMK	Kultusministerkonferenz

## Einführung

Vom 25.4. bis zum 27.4.2012 fand in Bukarest die Ministerial Conference und zeitgleich das dritte Bologna Policy Forum statt. Im Rahmen der Vereinbarungen zum Bolognaprozess haben sich die Ministerinnen und Minister der 47 Bologna-Unterzeichnerstaaten geeinigt, sich in regelmäßigen Abständen zu treffen, um die Leitlinien, Ziele und Entwicklungen im Rahmen des Reformprozesses zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes zu reflektieren und sich auf nächste Schritte zu einigen. Dieses geschah nun in Bukarest bereits zum achten Mal.

Als Ergebnis der Konferenz wird von den Ministerinnen und Ministern bzw. deren Stellvertreterinnen oder Stellvertretern ein Communiqué verabschiedet<sup>1</sup>, in dem die wesentlichen Aspekte genannt sind. Das Communiqué der Bukarest Ministerial Conference ist bereits online auf der Seite der EHEA sowie im Anhang zu finden.

---

<sup>1</sup> Siehe Anlage 1

Das Bologna Policy Forum soll auch Staaten, die noch nicht Teil des Bolognaprozesses sind, einen Austausch zu hier diskutierten Themen geben. Auch hier wird ein Communiqué verabschiedet<sup>2</sup>, welches ebenfalls online zu finden ist, für die Wirkung innerhalb der EHEA allerdings nur begrenzte Relevanz besitzt.

## Diskussionen im Vorfeld

Bereits weit vor Beginn der Konferenz fand eine Diskussion um die Inhalte des Communiqués auf unterschiedlichen Ebenen statt. Zuständig für die Entwicklung des Papieres ist die BFUG, die aus RepresentantInnen aller Unterzeichnerstaaten, VertreterInnen des Council of Europe und der European Commission sowie in beratender Funktion die E4 und weitere externe Stakeholder wie Business Europe oder EI. Diese arbeiten in einem mehrstufigen Verfahren ein Dokument aus, dass dann in den jeweiligen Stufen in die in den Ländern zuständigen Gremien mit der Bitte um Stellungnahme verwiesen wird. Die beratenden Mitglieder sind ebenfalls aufgefordert, Stellung zu beziehen.

In Deutschland ist für die Weiterentwicklung des Bolognaprozesses die deutsche BFUG bzw. die AG Bologna zuständig. Die nationale Bologna-Gruppe besteht in Deutschland aus Vertretern des BMBF, des DAAD, der HRK, der KMK, des fzs, der BDA, der GEW, des AR und des DSW. Der deutschen BFUG stehen einerseits Birger Hendriks, Bolognabeauftragter der KMK, sowie Peter Greisler, Vertreter des BMBF vor und vertreten diese auch in der BFUG.

Eigentlich sollte bereits im Vorfeld im Rahmen der AG Bologna über die Diskussionen innerhalb der BFUG berichtet werden. Da ich nicht Mitglied dieser Arbeitsgruppe bin, kann ich über diese Diskussionen keine Informationen geben. Ansprechpartner sind hier Salome bzw. Erik.

Der Entwurf zum Communiqué wurde dem fzs erst in der dritten, also bereits sehr weit fortgeschrittenen Fassung durch die ESU zugeleitet. Der A-SR hatte als Reaktion darauf eine Stellungnahme verfasst, die von der ESU in deren Positionierung in der BFUG einfließen sollte. Diese Stellungnahmen wurden von allen Mitgliedsverbänden innerhalb der ESU angefragt und auf diese Basis eine entsprechende Position entwickelt<sup>3</sup>.

Da die ESU direkt vor der Ministerial Conference ebenfalls in Bukarest ihr Board Meeting durchführte, war eine direkte Vernetzung mit anderen VertreterInnen bzw. studentischen Delegationsmitgliedern anderer Länder möglich. Zusätzlich wurde von der ESU ein ca. vierstündiges Vorbereitungstreffen direkt nach dem Board Meeting und vor der Ministerial Conference durchgeführt, um den jeweiligen Delegationsmitgliedern eine Vernetzung und Abstimmung untereinander zu ermöglichen. Die StudierendenvertreterInnen einigten sich hier darauf, den Focus auf die Debatte um die Finanzierung des Hochschulsektors einzugrenzen, um durch einen klar begrenzten Themenschwerpunkt deutlicher wirken zu können. Im Vorfeld hatte ESU der BFUG, zuletzt während der Sitzung in Kopenhagen vom am 19.3.12, bereits mehrfach den Vorschlag unterbreitet, sich deutlich für eine hauptsächlich öffentliche Finanzierung des Hochschulsektors durch die Unterzeichnerländer und damit gegen eine hauptsächlich privatisierte oder durch Studiengebühren finanzierte Hochschullandschaft zu stellen, war damit aber bisher nicht erfolgreich gewesen.

---

<sup>2</sup> Siehe Anlage 2

<sup>3</sup> Dokumente dazu sind bei mir auf Anfrage erhältlich

Das Board Meeting hatte zudem ein Statement verabschiedet, welches die Kernpunkte der Position nochmals verdeutlichen und den Ministerinnen und Ministern im Vorfeld der Konferenz zugestellt werden sollte<sup>4</sup>.

## Diskussionen während der Konferenz

Im Rahmen der Delegationsvorbesprechung in der Hotellobby wurde unter anderem der deutsche Änderungsantrag vorgestellt (Siehe unten). Ich hatte der deutschen Delegation außerdem die Stellungnahme der ESU vorgelegt und die Kernpunkte zur Sprache gebracht. Der Head of Delegation, ParlStaatsSekr Helge Braun konnte sich allerdings nicht überzeugen lassen, für den Aspekt der öffentlichen Finanzierung von Hochschulen einzutreten. Deutschland habe Europa in eine Schuldenbremse getrieben und könne jetzt schlecht für öffentliche Finanzierung des Hochschulsektors eintreten. Zu den anderen Änderungsanträgen wurde ebenfalls kurz gesprochen. Dazu siehe unten.

### Änderungsanträge zum Communiqué

Zu Beginn der Konferenz wurden insgesamt noch vier Änderungsvorschläge von antragsberechtigten Organisationen eingebracht, darunter einer durch die deutsche Delegation:

#### Antrag der deutschen Delegation

Die deutsche Delegation brachte ebenfalls einen Antrag ein, folgenden Passus in das Communiqué einzufügen:

*“Higher education should be an open process in which students develop intellectual independence and personal self-assuredness alongside disciplinary knowledge and skills. Through the pursuit of academic learning and research, students should acquire the ability confidently to assess situations and ground their actions in critical thought.”*

Hintergrund dieses Antrages, der in vorliegender Form angenommen wurde, war die Initiative von insbesondere dem BMBF in Bezug auf Bologna 2.0: Der Bolognaprozess in seiner deutschen Umsetzung müsse in Zukunft mehr auf Inhalte abzielen. Die Strukturreform sei weitgehend abgeschlossen<sup>5</sup>. Interessanter Weise finden sich in den Bestrebungen durchaus Übereinstimmungen mit bereits geäußerten Positionen des fzs.

#### Antrag der französischen Delegation

Ein weiterer Antrag wurde von der französischen Delegation eingebracht. Die Hintergründe und direkten Bezüge blieben leider unklar. Der eingefügte Passus lautete wie folgt:

*“Next to doctoral training, high quality second cycle programmes are a necessary precondition for the success of linking teaching, learning and research. Keeping wide diversity and simultaneously increasing readability, we might also explore further possible common principles for master programmes in the EHEA, taking account of previous work.”*

---

<sup>4</sup> Siehe Anlage 3

<sup>5</sup> Siehe <http://www.zeit.de/2012/09/C-Interview-Schavan>

Es ist zu vermuten, dass der genannte Passus auf ein Projekt in Frankreich anspielt, das parallel zur strukturierten Doktoratsausbildung einen entsprechenden Master anbieten möchte. Weitere Details sind leider nicht bekannt.

### **Antrag der EC**

Die Europäische Kommission brachte ebenfalls einen Antrag ein. Dieser zielte auf die Anerkennungsprozesse innerhalb der Hochschulen ab und brachte in diesem Zusammenhang ein neues Stichwort: „Automatic Recognition“. Da sich viele Delegationen den Ansatz grundsätzlich befürworteten, aber mit „Automatic Recognition“ einen ungesteuerten und unkontrollierten/unkontrollierbaren Prozess verstanden, wurde der Passus nochmals geändert<sup>6</sup>. Die finale Version lautete dann:

*“We are determined to remove outstanding obstacles hindering effective and proper recognition and are willing to work together towards the automatic recognition of comparable academic degrees, building on the tools of the Bologna framework, as a long-term goal of the EHEA. We therefore commit to reviewing our national legislation to comply with the Lisbon Recognition Convention.”*

In der Diskussion wurde deutlich, dass eine automatische Anerkennung in bestimmten Bereichen bereits mit der Lissabon-Konvention intendiert sei und deswegen bereits Bestandteil des Bolognaprozesses. Auch deswegen kam diese Passus vermutlich in vorliegender Form in der Communiqué.

### **Antrag der Belgischen Delegation (flämischer Teil) gemeinsam mit ESU**

ESU hatte im Vorfeld bereits mit einigen Delegationen über den Aspekt des Public Funding sprechen können und konnte die Belgische Delegation (flämischer Teil) dazu bewegen, einen Änderungsantrag zum Communiqué einzubringen. Die Formulierung sollte demnach wie folgt lauten:

*“With this in mind, we commit to securing the highest possible level of public funding for higher education, while drawing on other appropriate sources, as an investment in our future.”*

Insbesondere von Seiten der Delegation von UK, der spanischen und der slowakischen Delegation kam an diesem Änderungsvorschlag massive Kritik. Die deutsche Delegation, insbesondere ParlStS Braun, ließ sich leider nicht überzeugen, für eine öffentliche Finanzierung von Hochschulen bzw. für die eingebrachten Änderungsanträge zu sprechen. Es sei im Hinblick auf die Schuldenbremse und die deutsche Position in Bezug auf diese Frage mehr als schwer zu vertreten, andere europäische Länder zu einer öffentlichen Finanzierung ihres Hochschulsektors zu verpflichten.

Trotz eines zwischenzeitlich erarbeiteten Kompromissvorschlages konnte ESU dank aktiver Lobbyarbeit durch alle beteiligten Studierenden und Unterstützung durch die Delegationen von Norwegen, Belgien (flämischer Teil) und Dänemark folgende Formulierung erreichen:

*“With this in mind, we commit to securing the highest possible level of public funding for higher education and drawing on other appropriate sources, as an investment in our future.”*

---

<sup>6</sup> Siehe Anlage 5

Insbesondere im Hinblick auf eine teils flächendeckende Entwicklung hin zu Privatisierung und Einführung von Studiengebühren kann dies als klarer Erfolg der Studierenden gewertet werden.

## **Fazit**

Grundsätzlich kann unter Berücksichtigung der Situation im Vorfeld der Konferenz von einer positiven Entwicklung gesprochen werden. Das klare Bekenntnis zu einer öffentlichen Finanzierung des Hochschulsektors ist als solches noch nie Bestandteil eines Communiqués gewesen und gerade unter dem Wirken der Finanzkrise beachtlich.

Die Konsequenzen aus dem Vorstoß der deutschen Delegation sollte mit Interesse verfolgt werden. Es bleibt abzuwarten, welche Initiativen hieraus entstehen.

Der Passus der Automatic Recognition wurde durch die Änderungsvorschläge während der Konferenz leider soweit aufgeweicht, dass keine konkreten Konsequenzen zu erwarten sind.

Generell hat das Bucharest Communiqué keine wirklich neuen Entwicklungen gebracht. Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Schritte die Verantwortlichen nun unternehmen.